

Berlin intern



**Informationsschrift des
CDU-Bundestagsabgeordneten
Erich G. Fritz
für den Wahlkreis Dortmund**

Innehalten auf dem Weg zum Energiekonzept der Zukunft

Japan ist von einer unvorstellbaren Naturkatastrophe heimgesucht worden. Unsere Gedanken sind bei den Menschen, die so viel Leid ertragen müssen. Als verantwortliche Politiker können wir angesichts der Dimensionen des Unglücks nicht zur Tagesordnung übergehen. Wir brauchen jetzt von Bund und Ländern die vereinbarte Phase des Nachdenkens und Nachprüfens.

Sicherheitsfragen in neuem Licht

In Deutschland hat die Kernkraft stets Brückencharakter. Wir haben immer betont, dass die Sicherheit oberste Priorität hat. Die Sicherheitsfragen stellen sich nun in einem neuen Licht. Wir müssen das Restrisiko der Kernenergie neu bewerten, auch wenn wir in Deutschland eine andere geologische Situation haben als in Japan. Unser Energiekonzept mit dem wir das Zeitalter der erneuerbaren Energien erreichen werden, ist dabei nach wie vor richtig und wird nun fortentwickelt. Als Lehre aus Fukushima müssen wir das Zeitalter der erneuerbaren Energien schneller erreichen. Am Ende des Moratoriums für die Laufzeitverlängerung und Sicherheitsüberprüfung der Atommeiler im Mai wird ein verändertes Konzept stehen. Während des Moratoriums wird sowohl die Suche nach einem Endlager thematisiert als auch die Frage des Restrisikos und der technischen Möglichkeiten, Meiler gegen Flugzeugabstürze und andere Katastrophen zu sichern, geklärt. Bei der Fortentwicklung des Konzepts stehen selbstverständlich die Versor-

gungssicherheit, die Bezahlbarkeit der Energie, der Klimaschutz und die Wettbewerbsfähigkeit unserer deutschen Industrie im Vordergrund. Davon sind auch der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen abhängig. Eine Lehre aus Japan muss aber auch sein: einheitliche Stresstests für Europa.

AKW-Stresstests in Europa

Angesichts des Atomunfalls in Japan hat sich der EU-Gipfel am 25. März 2011 auf eine umfassende Untersuchung der Sicherheit der europäischen Kernkraftwerke verständigt. Die Nuklearsicherheit in Europa soll über sogenannte Stresstests überprüft werden. Besonders die Nachbarländer der EU, aber auch der Rest der Welt sollten zu vergleichbaren Tests angeregt werden. Die Kriterien für die Überprüfungen sollen demnach durch die EU-Kommission und die Europäische Atomsicherheitsregulierungsgruppe (ENSREG) festgelegt werden. Die Tests werden von den nationalen Behörden vorgenommen, die dann ihre Ergebnisse an die Kommission melden. Die soll die Ergebnisse dann in einem Bericht bewerten, der veröffentlicht wird.

Kontakt

Erich G. Fritz MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227-73111
Fax (030) 227-76733
erich.fritz@bundestag.de
www.erich-fritz.de

Umbruch in der arabischen Welt – Lage in Libyen

Mit Unverständnis verurteilt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion das brutale Vorgehen des Gaddafi-Regimes gegen das libysche Volk.

Europäer verschärfen Sanktionen gegen Gaddafi-Regime

Die Europäische Union erhöht den Druck auf Muammar al-Gaddafi und verschärft die bereits verhängten Sanktionen gegen Libyen. Das Ziel ist ein Regimewechsel in Tripolis. Einigen konnten sich die Minister darauf, weitere elf Personen aus dem Umfeld Gaddafis mit Reiseverboten zu belegen und ihre Vermögen in Europa einzufrieren. Außerdem wurden neun Unternehmen, darunter drei Banken, auf die Sanktionsliste genommen. Mit ihnen dürfen nun in Europa keine Geschäfte mehr betrieben werden.

Resolution 1973

Der VN-Sicherheitsrat hat mit Resolution 1973 am 17. März 2011 militärische Maßnahmen zum Schutz der libyschen Zivilbevölkerung. Die darin enthaltenen politischen Ziele teilen wir ausdrücklich. Deutschland wird sich jedoch nicht mit eigenen Soldaten an der Umsetzung des Mandats beteiligen und hat sich deshalb im Sicherheitsrat enthalten. Wir wollen aber der NATO zusätzliche Kapazitäten für den Einsatz in Afghanistan anbieten auch um unsere Verbündeten im Einsatz zu entlasten.

Einsatz von AWACS-Aufklärungsflugzeugen

Dazu haben wir am 24. März über ein Mandat für den Einsatz von AWACS-Aufklärungsflugzeugen in Afghanistan abgestimmt. Das Mandat ermöglicht die Überwachung des afghanischen Luftraums. 300 deutsche Soldaten werden an diesem Einsatz beteiligt. Er dient zur Unterstützung der ISAF Mission und ist aufgrund des stark angestiegenen zivilen Luftverkehrs notwendig. Die Bundesregierung bleibt dabei, nicht mehr als 5.300 Soldaten in Afghanistan einzusetzen. Dieser Einsatz soll die Verbündeten in Libyen entlasten.

Den demokratischen Wandel unterstützen

Durch die Umsetzung der Resolution 1973 zu militärischen Maßnahmen in Libyen dürfen wir uns nicht von dem Umbruch in die arabische Welt ablenken lassen. Wir unterstützen den in Tunesien und Ägypten begonnenen demokratischen Wandel. Ziel unserer Außenpolitik ist es daher, die Gesellschaft auf ihrem Weg zu unterstützen. Insbesondere die Europäische Nachbarschaftspolitik muss künftig stärker an der Förderung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen ausgerichtet werden.

Bürger in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz honorieren Regierungsbilanz der CDU

Sachsenanhalt Industriestandort

Bei den Landtagwahlen in Sachsen-Anhalt ist die Union erneut klar die stärkste politische Kraft geworden. Bereits seit 2002 hat das Bundesland unter der Führung der CDU immense Fortschritte gemacht. So gelang es uns besonders in den letzten Jahren mit einer individuellen Industriepolitik eine außerordentliche wirtschaftliche Dynamik zu erzeugen und das Dreieck Halle, Anhalt-Bitterfeld, Leipzig zu den führenden Standorten für die Chemie- und Solarindustrie auszubauen. Auch die Arbeitslosenquote ist drastisch gesunken, so dass sich die Wähler eine Fortsetzung unseres erfolgreichen Kurses wünschen. Sachsen-Anhalts Wähler honorieren die Regierungsbilanz der CDU. Bei den Landtagwahlen in Sachsen-Anhalt ist die Union erneut klar stärkste politische Kraft geworden.

Baden-Württemberg Spitze bei Bildung und Forschung

Baden-Württemberg gilt als deutsche Vorzeigeregion. Das Bundesland hat die niedrigste Arbeitslosenquote der Republik (4,5 Prozent) und ein höheres Bruttoinlandsprodukt als Griechenland (230 Milliarden Euro). Weit mehr als 50 Umsatz-Milliardäre haben hier ihren Sitz, darunter Weltmarken wie Daimler, Porsche, Bosch oder SAP. Kerngeschäft des Landes ist der Autobau. Baden-Württemberg ist mit der CDU immer gut gefahren. Wir haben bewiesen, dass wir unsere Verantwortung für Land und Leute mit Verlässlichkeit und Kompetenz wahrnehmen. Dennoch konnten wir uns in der Landtagswahl nicht durchsetzen. Stefan Mappus hat für die Wahlniederlage persönlich die Verantwortung übernommen und persönliche

Konsequenzen gezogen. Nun gilt es, die Partei optimal aufzustellen, damit sie nach spätestens fünf Jahren konstruktiver Oppositionsarbeit wieder kraftvoll Regierungsverantwortung übernehmen kann.

Rheinland-Pfalz frischer politischer Neuanfang

Gerade mal 0,5 Prozentpunkte haben am Ende gefehlt, um stärkste Kraft in Rheinland-Pfalz zu werden. Die CDU ist wieder da! Julia Klöckner wird Rheinland-Pfalz ein neues Gesicht geben. Wir werden in den kommenden fünf Jahren die Stimme in Rheinland-Pfalz erheben, um gemeinsam die Probleme des Landes zu lösen. Für Gespräche steht die CDU bereit.

Nachtragshaushalt NRW 2010

Am 15. März hat der Verfassungsgerichtshof den Nachtragshaushalt 2010 für verfassungswidrig erklärt, weil er gegen die Kreditobergrenze der Landesverfassung verstoße. Ein solches Überschreiten der verfassungsrechtlichen Schuldengrenze ist nur zulässig, um eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beheben. Eine solche „Krisensituation“ ist aus Sicht des Verfassungsgerichts nicht ausreichend und plausibel begründet worden.

Reform der Eurozone **Rettung des Euro**

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben ein Maßnahmenpaket verabschiedet, mit dem sie die Finanz- und Schuldenkrise dauerhaft überwinden wollen.

Der neue Wettbewerbspakt

Der Pakt für Wettbewerbsfähigkeit soll komplementär zu bereits vorhandenen bzw. in Vorbereitung befindlichen Mechanismen zur wirtschaftspolitischen Koordinierung die Wettbewerbsfähigkeit in den beteiligten Staaten dauerhaft erhöhen. So haben sich die Staaten im Grundsatz auf ein Gesetzgebungspaket zur Stärkung des Stabilitätspakts verständigt. Auf der Grundlage des Pakts erstellt nun jeder Euro-Staat ein individuelles Reformprogramm. Einmal jährlich will die Euro-Zone überprüfen, ob die Mitgliedstaaten ihre Reformziele erreicht haben. Neben den Staatsdefiziten soll künftig auch die Staatsverschuldung stärker überwacht

werden. Dazu soll es einen Euro-Gipfel geben, an dem auch Nicht-Euro-Staaten teilnehmen können.

Der Euro-Plus-Pakt (vormals: Pakt für den Euro)

In dessen Rahmen wollen sich die Staaten zu reformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit verpflichten, z. B. zur Anpassung der Rentensysteme an den demografischen Wandel.

Der Krisenfonds EFSF

Die European Financial Stability Facility (EFSF) vergibt Kredite unter Marktzins an Notleidende Euro-Staaten. Um das derzeitige Volumen von 440 Milliarden Euro voll ausschöpfen zu können, müssen Länder mit Top-Bonität wie Deutschland ihre Garantien zugunsten des Fonds erhöhen. Schuldner sollen künftig weniger Zinsen an den EFSF zahlen, um Strukturereformen und Schuldenabbau zu erleichtern. Der EFSF darf in Zukunft nicht nur Kredite vergeben, sondern auch neue Anleihen direkt von Euro-Staaten kaufen – allerdings nur unter Auflage und im Rahmen eines Hilfsprogramms. Anleihekäufe an der Börse bleiben verboten.

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM)

Kernstück des Pakets bildet der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), der Mitte 2013 die befristete European Financial Stability Facility (EFSF), d.h. den derzeitigen temporären Euro-Rettungsschirm als dauerhaftes Instrument ablöst. Abgesichert wird der ESM durch ein Eigenkapital von 700 Mrd. €. Hiervon werden die Euro-Staaten 80 Mrd. € einzahlen. Die restlichen 620 Mrd. € kann der ESM als abrufbares Kapital und abrufbare Garantie bei Bedarf von ihnen einfordern. Deutschland als größte Volkswirtschaft der EU muss 2,71 % des Hilfsfonds schultern. Das heißt, 21,8 Mrd. Euro. Die Staaten werden ihre Beiträge ab Juli 2013 in fünf gleichen Tranchen jährlich leisten. Wichtigster Unterschied zum derzeitigen Rettungsschirm ist der Einbezug der privaten Gläubiger: Sie sollen ab 2013 je nach Fall der Hilfsaktionen beteiligt werden, indem der Problemstaat mit ihnen über eine Umschuldung verhandelt.

Bundeswehrreform

Vor dem Hintergrund der veränderten sicherheitspolitischen Lage wird die Bundeswehr neu ausgerichtet. In diesem Zusammenhang wird die gesetz-

liche Verpflichtung zur Wehrdienstleistung nach dem Wehrpflichtgesetz außerhalb des Spannungs- oder Verteidigungsfalls ausgesetzt und der freiwillige Wehrdienst fortentwickelt. Ziel ist ein Anteil von bis zu 15.000 freiwillig Wehrdienst Leistenden, die auch im Auslandseinsatz eingesetzt werden können, wenn sie mindestens 12 Monate dienen. Mit der Aussetzung der Wehrpflicht gehen wir einen ersten substantiellen Schritt bei der Reform der Bundeswehr hin zu einer leistungsfähigen Armee, die konsequent an den Bedürfnissen des Einsatzes ausgerichtet wird.

Hartz IV

Höhere Regelsätze mehr Chancengerechtigkeit

Am 25. Februar 2011 haben Bundestag und Bundesrat nach langwierigen Verhandlungen einen Kompromiss beim Gesetz über die Neugestaltung von Leistungen für Langzeitarbeitslose und deren Kinder beschlossen. Drei Kernpunkte, mehr Chancengerechtigkeit für Kinder, mehr Hilfe für Langzeitarbeitslose, mehr Unterstützung und Entlastung für unsere Kommunen, machen den enormen Mehrwert aus, den die Union bei der Neugestaltung erreicht hat.

Mehr Chancengerechtigkeit für Kinder

Ein zentraler Bestandteil der Neuregelung ist das Bildungspaket, das allen bedürftigen Kindern Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantiert und darauf abzielt, den Kreislauf „vererbter“ Armut zu durchbrechen.

Mehr Unterstützung und Entlastung für Kommunen

Beim Bildungspaket geht die Trägerschaft komplett auf die Kommunen über. Der Bund stellt auf dem Weg der Beteiligung an den Kosten der Unterkunft den Kommunen 2011, 2012 und 2013 jeweils 400 Millionen Euro für das Mittagessen von Kindern in Hortbetreuung und für Schulsozialarbeit zur Verfügung. Das Gesamtvolumen von 1,6 Mrd. Euro pro Jahr wird über die Beteiligungsquote des Bundes an den Kosten der Unterkunft im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende den Kommunen erstattet. Die Erstattung der Leistungsausgaben für das Bildungspaket wird auf Basis der Ist-Kosten jährlich fortlaufend angepasst. In einem Drei-Stufen-Modell werden die Kosten der Grund-

sicherung im Alter und bei Erwerbsminderung auf Dauer durch den Bund übernommen. Das entspricht allein 2012 bis 2015 einer Nettoentlastung der Kommunen von 12,24 Mrd. Euro: Die Union ist und bleibt die Partei der Kommunen.

Mehr Hilfe für Langzeitarbeitslose

Die Union blickt schon auf den nächsten Reformschritt: die Neugestaltung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente. Damit soll die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt effektiver gestaltet werden. „Schneller raus aus Hart IV, schneller rein in einen guten Job“, lautet unsere Devise.

Fritz im Plenum

Erich G. Fritz hat am 10. Februar 2011 eine Rede im Deutschen Bundestag zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE „EU-Freihandelsabkommen mit Indien stoppen – Verhandlungsmandat in demokratischem Prozess neu festlegen“ gehalten. Fritz versicherte, dass das Abkommen mit der EU, die der größte Handelspartner des Schwellenlandes ist, für Indien von großer Bedeutung ist. Die Bundesrepublik Deutschland plädiert seit langem als Indiens wichtigster Handelspartner in der EU für den Abbau von Handelshindernissen. Darüber hinaus hat Erich G. Fritz am 10. Februar 2011 sowie am 18. und 24. März 2011 mehrere Reden im Deutschen Bundestag zu Anträgen der Fraktion Die LINKE, BÜNDNIS 90 / Die Grünen und SPD zu Rüstungsexporten gehalten. Er bekräftigte erneut, dass die Bundesregierung eine verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik ausübt und den Endverbleib durch Endverbleibserklärungen absichert. Sie können die gesamten Rede auf der Homepage www.erich-fritz.de in der Rubrik Aktuelles nachlesen.

Erich G. Fritz wünscht frohe Ostern

Nach den ersten warmen Sonnenstrahlen am Wochenende können wir den Sommer nun kaum erwarten. Verbunden mit einem Dank für die gute Zusammenarbeit und für das Vertrauen sende ich Ihnen meine besten Wünsche für das kommende Osterfest.

Ihr Erich G. Fritz